

## Wasser in der Lausitz - Wasser im Strukturwandel

### WASSER IN DER LAUSITZ

Die Lausitz ist seit Jahrzehnten vom Braunkohlebergbau geprägt. Die Flächeninanspruchnahme für die Erschließung der Tagebaue bzw. die Umgestaltung von Tagebaurestlöchern zu Seen sind sichtbare Folgen der Bergbautätigkeit in der Lausitz. Die wasserwirtschaftlichen Folgen, z.B. die bergbaubedingte Hebung von Sumpfungswasser zur Trockenlegung der Tagebaue, sowie die Reinigung und Einleitung in die Oberflächengewässer, sind für Außenstehende fast unsichtbar. Sie haben aber einen erheblichen Einfluss auf den Wasserhaushalt in der Region.

Mit der Beendigung der Kohleverstromung, dem Strukturwandel und dem Klimawandel ergeben sich eine Vielzahl von Herausforderungen, um auch zukünftig ein bedarfsdeckendes Wasserdargebot in der Lausitz zu gewährleisten.

Um die aktuelle Lage zum Thema „**Wasser in der Lausitz**“ zu betrachten, wirft das „**Schlaglicht 12**“ einen Blick auf die bestehenden Herausforderungen. Es fasst mögliche Lösungsansätze kompakt zusammen, gibt einen Überblick über den Stand der politischen Diskussionen und nimmt eine gewerkschaftliche Einordnung der Thematik vor.

### UNSERE THEMEN:

- **WASSER IN DER LAUSITZ**  
Historie und Ausgangssituation
- **WASSER IM STRUKTURWANDEL**  
Bedeutung, Wasserdargebot, was wird unternommen
- **UMGANG MIT DER WASSERLAGE**  
Konflikte, Lösungsansätze, kontroverse Sichtweisen
- **STAND DER POLITISCHEN DISKUSSION**
- **ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN**
- **FAZIT**

### 1. WASSER IN DER LAUSITZ

#### Historie und Ausgangssituation

Zwischen 1900 und 2020 wurden in der Lausitz mehr als 8,4 Mrd. Tonnen Braunkohle gefördert. Dazu war es notwendig, rund 58 Mrd. m<sup>3</sup> Grundwasser zu heben, um die Braunkohletagebaue trocken zu halten.

Dieses sogenannte „Sumpfungswasser“ wurde gereinigt und in Oberflächengewässer z.B. die Spree abgegeben oder zur Auffüllung der Bergbaufolgeseen verwendet.

Dieser langanhaltende, massive Eingriff in den Grundwasserhaushalt hat bis heute erhebliche Auswirkungen auf den Wasserhaushalt der gesamten Region. Infolge der Einleitung des Sumpfungswassers in die Spree wird die Wassermenge seit Jahrzehnten erheblich gestützt.

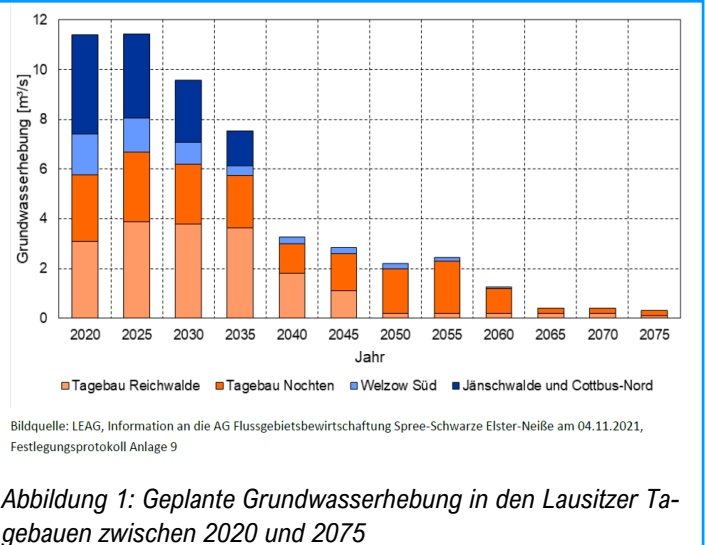


Abbildung 1: Geplante Grundwasserhebung in den Lausitzer Tagebauen zwischen 2020 und 2075

Derzeit beträgt der Anteil von Sumpfungswasser an der Wassermenge der Spree ca. 50%. In trockenen Jahren steigt dieser Anteil sogar bis auf 75%.

### 2. WASSER IM STRUKTURWANDEL

#### Bedeutung von Wasser und Wasserqualität

Die ständige Verfügbarkeit von Wasser als öffentliche Daseinsvorsorge ist heute eine Selbstverständlichkeit. Limitierungen des Lebens durch den Mangel an Wasser sind fast unbekannt. Kaum jemand weiß aber um den Aufwand, der durch die regionalen Wasserversorgungsunternehmen betrieben werden muss, um die unbegrenzte Verfügbarkeit von Wasser sicherzustellen und dabei den hohen Qualitätsanforderungen gerecht zu werden.

## Hintergrund:

Im Zentrum stehen dabei folgende Maßnahmen und Herausforderungen, die teilweise mit hohen Kosten verbunden sind und letztlich über den Wasserpreis finanziert werden müssen:

- Anpassung an den Klimawandel
  - frühzeitige Risikoabschätzungen
  - Anpassung der Wasserversorgungsnetze an veränderte Bedingungen
  - Investitionen in Infrastruktur
  - Resilienzaufbau gegen Störungen und Naturkatastrophen
- Sicherung und Schutz von Grundwasservorkommen (z.B. durch Reduktion von Flächenversiegelung und Umwidmung von Flächen zu Wasserschutzgebieten)
- Laufende Modernisierung der Technik
- Aufbau von Notfallkapazitäten
- Qualitätsmanagement und Minimierung von Schadstoffeinträgen
- Umsetzung von Nutzungspriorisierungen und Wassersparanordnungen

(Quelle: Fraunhofer, 2025, Forschungspolitische Empfehlungen zur „Wassersicherheit“ S. 3)

Das hohe Umweltbewusstsein der Gesellschaft erfordert eine differenzierte Betrachtung und genaue Prüfung der Auswirkungen von Eingriffen in das ökologische System „Wasser“.

Obwohl unsere Gesellschaft bereits sehr viel Wert auf den sparsamen Umgang mit Wasser legt, nimmt der Verbrauch bundesweit in den letzten Jahren wieder stetig zu. Zugleich sinkt das verfügbare Wasserdargebot in Deutschland. Grundsätzlich besteht in der Bundesrepublik kein Wassermangel, jedoch gibt es Regionen, in denen Wasser nicht unbegrenzt zur Verfügung steht.

Die regionalen Wasserressourcen werden dann bedeutsam, wenn es um die Erschließung neuer Industrieflächen geht und die Standortentscheidungen für Unternehmensansiedlungen von der Verfügbarkeit der benötigten Wassermengen beeinflusst werden.

## Entwicklung des Wasserdargebots in der Lausitz

Mit dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung ergibt sich eine neue Situation für den Wasserhaushalt in der Lausitz.

Die Sumpfungswassereinleitungen der Bergbaubetreibenden

in die Spree werden langfristig zurückgehen. Gleichzeitig sind die derzeitigen Bergbaufolgeseen (z.B. Cottbuser Ostsee) weiter zu füllen und die zukünftig, aus den derzeit noch aktiven Tagebauen, entstehenden Bergbaufolgeseen (u.a. Nochten, Jänschwalde, Welzow) zu fluten. Das Grundwasserdefizit der Lausitz und die Folgen des Klimawandels überlagern zusätzlich die Situation.

Die Folgen können durchaus dramatisch sein. Ohne gezielte Einflussnahme wird sich das Wasserdargebot der Spree dauerhaft auf einen Wert reduzieren, der noch kleiner als in vorbergbaulichen Zeiten ist. Für die Spree bedeutet dies, dass sie in trockenen Zeiten regelmäßig über weite Strecken ein extremes Niedrigwasser führen oder sogar an manchen Stellen (inkl. des Spreewaldes) trockenfallen kann.

Der Lausitzer Wasserhaushalt hat zudem Einfluss auf die gesamte Versorgung der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Deren Wasserversorgung hängt maßgeblich von der Wasserführung der Spree ab. Daher werden die Folgen des Kohleausstiegs auch überregional, insbesondere mit Blick auf die Wasserqualität spürbar sein.

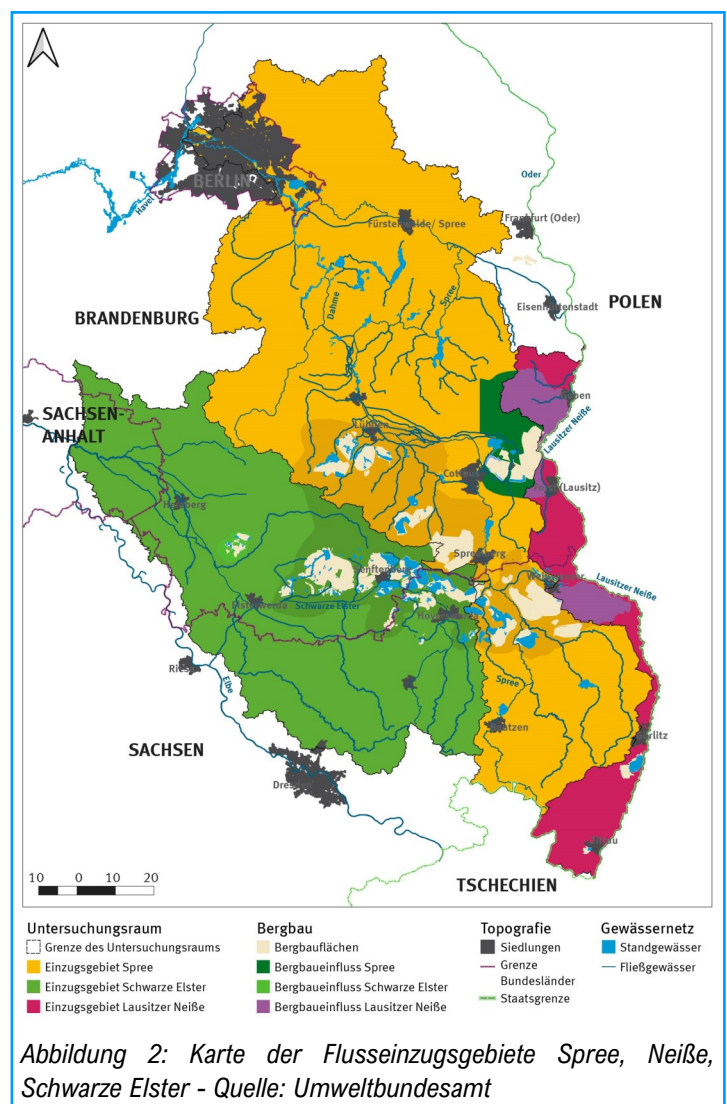
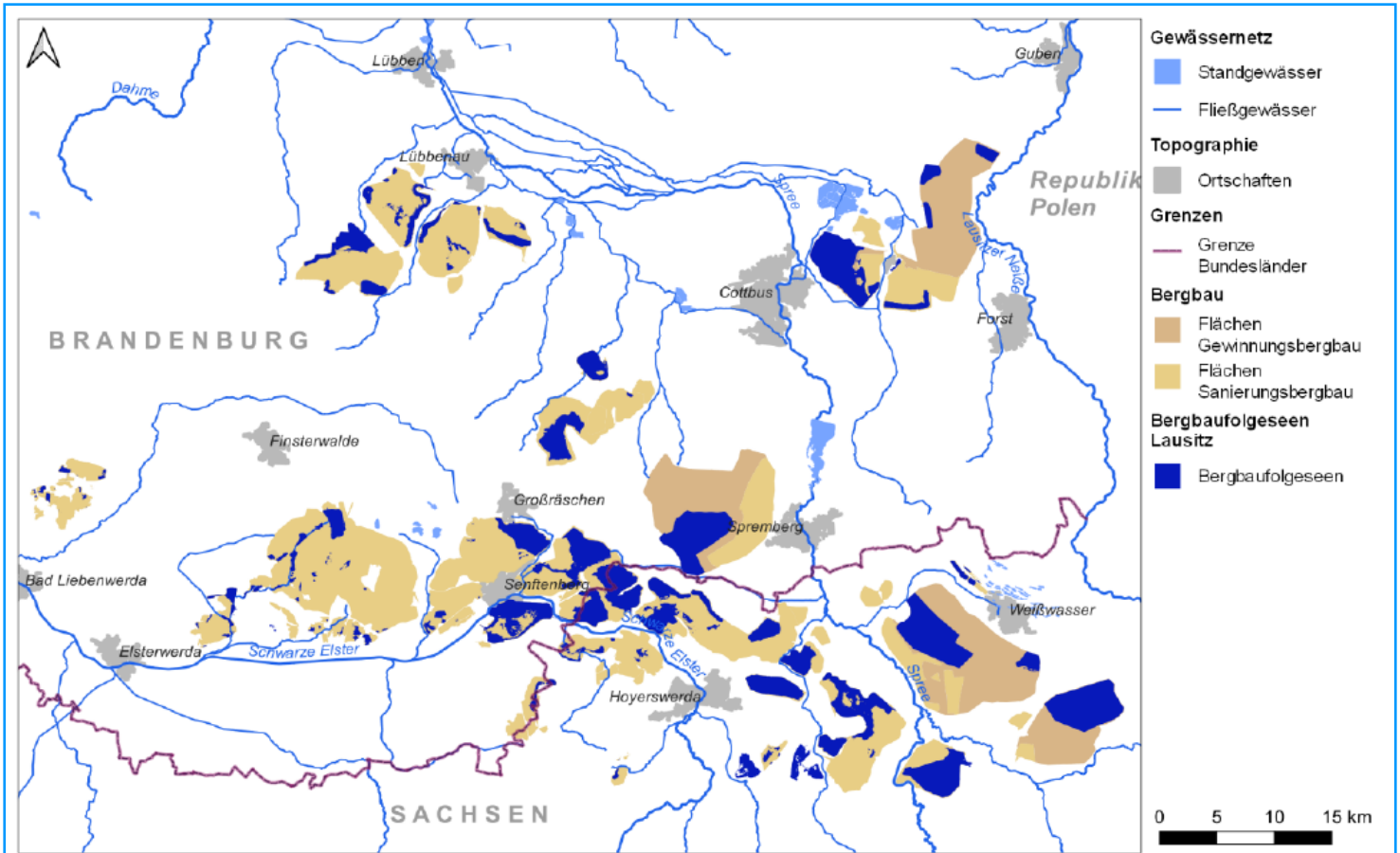


Abbildung 2: Karte der Flusseinzugsgebiete Spree, Neiße, Schwarze Elster - Quelle: Umweltbundesamt



Bildquelle: Eigene Darstellung IWB

Abbildung 3: Nachbergbauliche Seenlandschaft im Lausitzer Braunkohlenrevier einschließlich der geplanten Bergbaufolgeseen; Quelle: UBA-Studie

Die Untersuchungen zu den wasserwirtschaftlichen Folgen des Kohleausstiegs zeigen weiterhin, dass sich das Wasserdargebot und der Wasserbedarf im Einzugsgebiet der Spree von Sachsen über Brandenburg bis Berlin künftig gegenläufig entwickeln werden.

Das Wasserdargebot sinkt, getrieben durch den Rückgang der Abflüsse, bis auf die natürliche Leistungsfähigkeit der Einzugsgebiete. Darüber hinaus verringert es sich durch die

steigende Gewässerverdunstung u.a. über die vorhandenen und noch anzulegenden Bergbaufolgeseen und durch verlorengegangene Landflächen.

Der Wasserbedarf verbleibt hingegen mindestens auf aktuellem Niveau. Mit Blick auf den geplanten Strukturwandel, der Ansiedlung neuer Indusrietchnologien sowie dem Bevölkerungswachstum in der Metropolregion Berlin-Brandenburg ist sogar von einem steigenden Wasserbedarf auszugehen.

### Was sind die zentralen Themen?

Die Bevölkerung und die Wirtschaft in der Lausitz erwarten ein stabiles und bedarfsdeckendes Wasserdargebot.

Zentrale Fragen für Wirtschaft und Politik sind:

- Wie entwickelt sich der Wasserhaushalt der Lausitz zukünftig?
- Wie kann das Wasserdefizit kompensiert werden, damit das Wasserdargebot auf dem derzeitigen Niveau erhalten wird und ggf. den höheren Bedarfen gerecht wird?
- Welche Maßnahmen sind notwendig und sinnvoll?
- Wer ist für die Umsetzung und Finanzierung verantwortlich?



Abbildung 4: Niedrigwasser in der Spree bei Dissen ca. 1937  
Quelle: I. Arnold (WCL), Sievers 1937

## Was wird unternommen?

Der Diskussionsprozess für ein gesichertes Wasserdargebot in der Lausitz, auch mit Blick auf die Metropolregion Berlin-Brandenburg, wurde bereits vor Jahren durch engagierte Expert\*innen, z.B. die des „**Wasser-Cluster-Lausitz e.V.**“, angestoßen und kontinuierlich mit den politischen Verantwortlichen geführt. Diese Gespräche haben Wirkung gezeigt.

In den Fachministerien der Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Berlin und sowie auf Bundesebene wurde die Bedeutung des Themas erkannt.

Interministerielle und länderübergreifende Arbeitsgruppen wurden gebildet und umfangreiche Untersuchungen beauftragt und durchgeführt.

Eine wichtige Grundlage für die weiteren Erörterungen ist die vom Umweltbundesamt beauftragte Studie „**Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstieges in der Lausitz**“ (UBA-Studie), die seit 2023 vorliegt.

Entscheidungen zur Umsetzung stehen jedoch derzeit noch aus. Sie bedürfen vorheriger parlamentarischer Verfahren in den Bundesländern und der Bundesregierung und ggf. einer Abstimmung mit den Nachbarstaaten.

## 3. UMGANG MIT DER WASSERLAGE IN DER LAUSITZ

### Zu erwartende Konflikte

Eine umfassende Darstellung bestehender bzw. zu erwartender Konflikte findet sich in Kapitel 10 der UBA-Studie.

Einige Aspekte sind dabei hervorzuheben, da sie besonders im Fokus stehen:

- Die Beendigung der Sumpfungswassereinleitung führt zur Verringerung der Wassermenge in der Spree, was nicht auf natürlichem Weg kompensiert werden kann.
- Die Wasserversorgung des Spreewaldes und die Trinkwasserversorgung der Metropolregion Berlin/Brandenburg sind abhängig vom Wasserdargebot der Spree.
- Sinkende Wassermengen haben eine Verschlechterung der Wasserqualität zur Folge, insbesondere bei Sulfaten und Eisen.
- Die Flutung der bisherigen Tagebaurestseen und der nach Beendigung der Braunkohlenförderung neu entstehenden Tagebauseen in Jänschwalde, Welzow, Nochten und Reichwalde erfordern Wassermengen, die aus dem Einzugsgebiet der Spree nicht generiert werden können.
- Das Erfordernis der Daseinsvorsorge, das Wasserdargebot auf dem erforderlichen Niveau zu halten bzw. mögliche Bedarfserhöhungen durch den Strukturwandel zu gewährleisten.

### Lösungsansätze der UBA-Studie

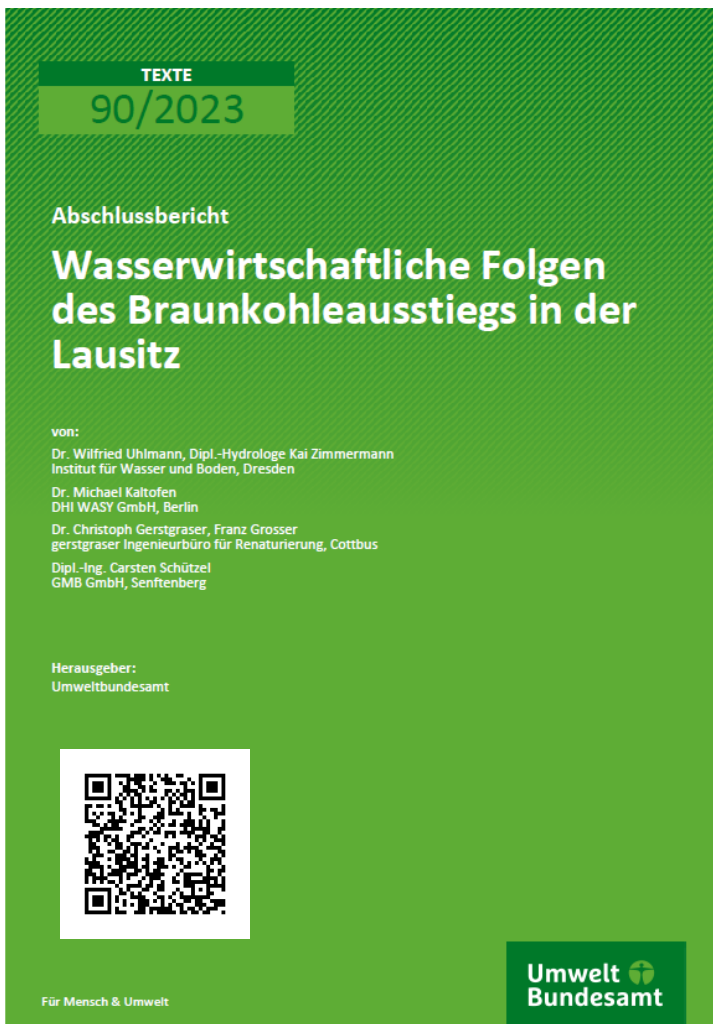
Die Studie benennt im Rahmen von Lösungsansätzen grundlegende Handlungsfelder (Kapitel 11) und unterzieht diese einer detaillierten Einzelbetrachtung und Bewertung.

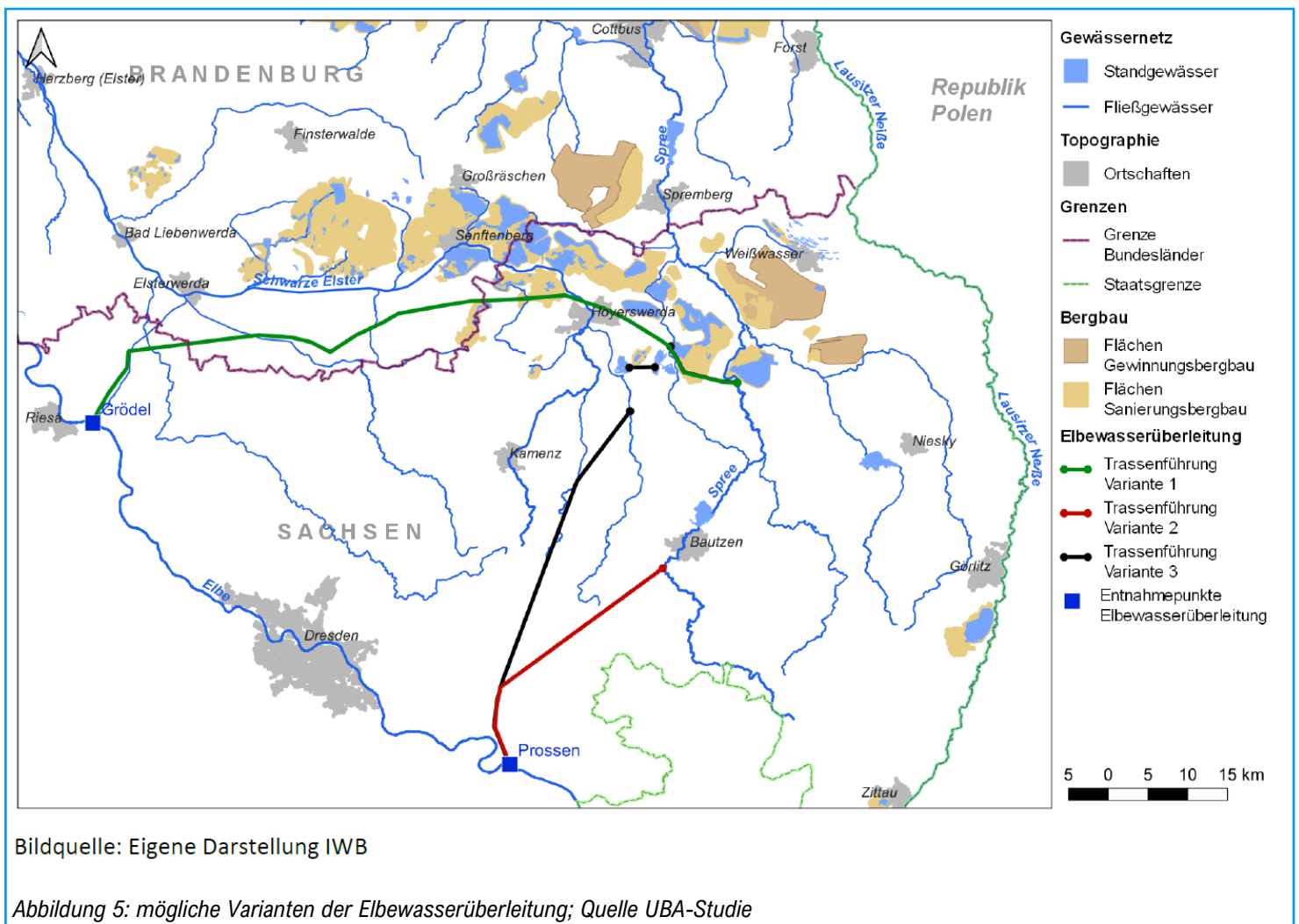
In diesen Handlungsfeldern werden Einzelmaßnahmen definiert, mögliche Verantwortliche benannt, und deren Handlungsmöglichkeiten innerhalb der aufgezählten Handlungsfelder bewertet.

Nachfolgende Aspekte sind dabei von besonderer Bedeutung:

#### 1. Verringerung des Wasserbedarfes

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Wasser ist in sämtlichen Bereichen sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich geboten. Das erwartete Defizit an verfügbaren Wassermengen im Zuge des Kohleausstieges lässt sich jedoch nicht allein durch eine Reduzierung des Wasserverbrauchs ausgleichen.





Bildquelle: Eigene Darstellung IWB

Abbildung 5: mögliche Varianten der Elbewasserüberleitung; Quelle UBA-Studie

## 2. Erhöhung des Wasserdargebots

Um das künftig erwartete Wassermengendefizit in den Flussgebieten von Spree und Schwarzer Elster auszugleichen, stellen Wasserüberleitungen aus anderen Einzugsgebieten aufgrund der dort verfügbaren Ressourcen eine zentrale Handlungsoption dar. Aus hydrologischer Sicht wird dabei eine Überleitung aus der Elbe bevorzugt. Damit diese Maßnahmen wirksam sind, müssen sie zwingend mit einer gezielten Speicherbewirtschaftung kombiniert werden.

## 3. Optimierung der Wasserverfügbarkeit

Die Steuerung und Bewirtschaftung der Wassermengen ist ein zentraler Bestandteil zur Bewältigung der wasserwirtschaftlichen Herausforderungen im Zuge des Kohleausstiegs. Allerdings reicht eine optimierte Wassermengenbewirtschaftung allein nicht aus, um das künftig zu erwartende Defizit vollständig auszugleichen.

## 4. Technische Lösungen

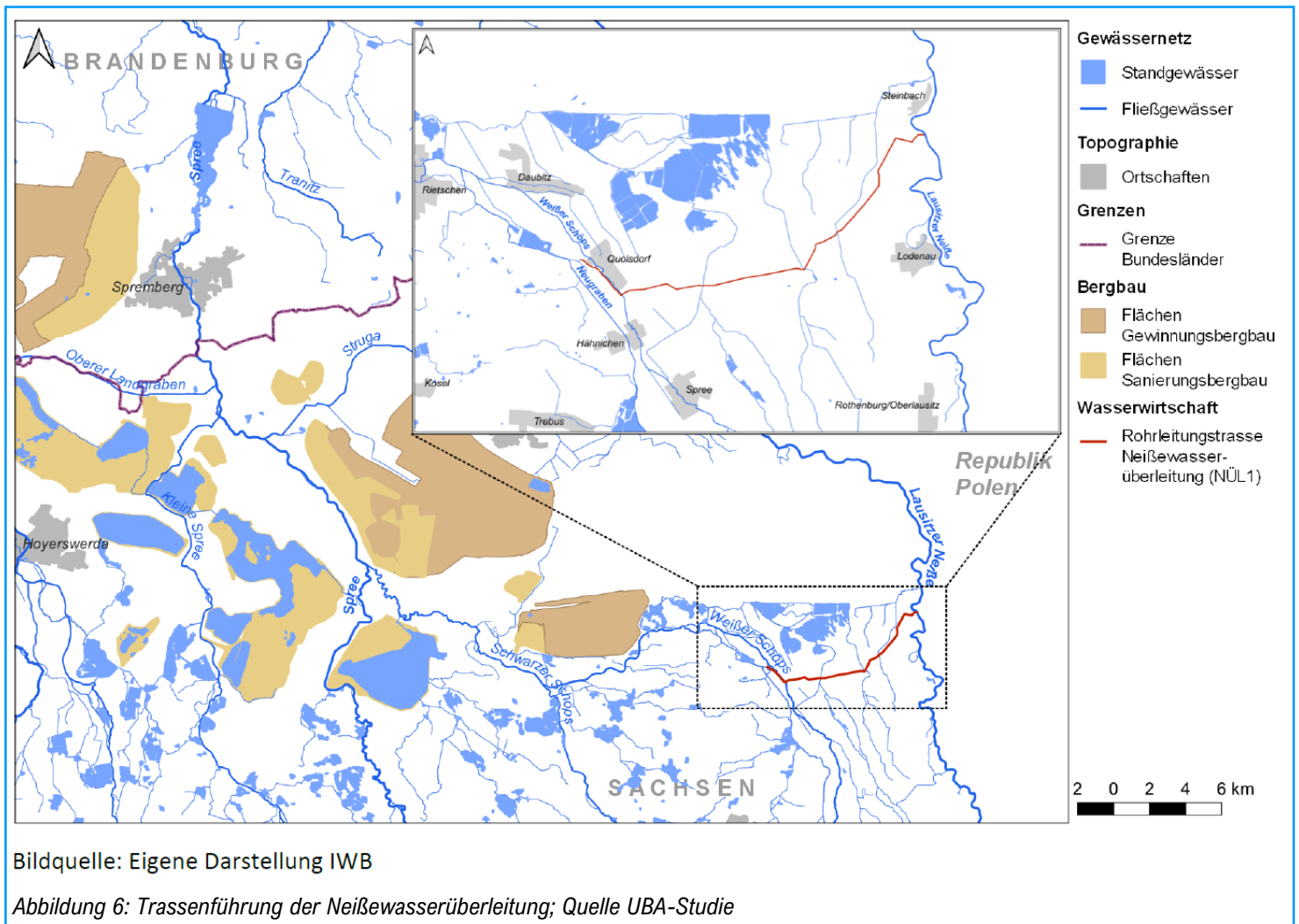
Die in der Studie vorgestellten technischen Ansätze zielen darauf ab, die wasserwirtschaftlichen Folgen des

Kohleausstiegs zu bewältigen. Zwar können technische Maßnahmen das entstehende Wassermengendefizit in der Spree nicht allein beheben, doch leisten sie in Kombination mit weiteren Strategien einen wichtigen Beitrag zur Lösung.

## 5. Organisation und Kommunikation

Organisatorische und kommunikative Maßnahmen allein können das durch den Kohleausstieg entstehende Wassermengendefizit in der Spree nicht beheben. Ein wirksames Wassermanagement in den Einzugsgebieten von Spree, Schwarzer Elster und Neiße erfordert eine länderübergreifende, ganzheitliche Bewirtschaftung. Dafür sind leistungsfähige numerische Modellwerkzeuge notwendig.

Angesichts der Komplexität der Herausforderungen sollten die beteiligten Länder über ausreichende eigene Fachkompetenz verfügen. Zudem verlangt der Umgang mit den nachbergbaulichen Gegebenheiten eine standortspezifische Anpassung der Bewertungsmaßstäbe im Wasser- und Naturschutzrecht.



## Kontroverse Sichtweisen

Die UBA-Studie liefert Inhalte, Denkansätze und Lösungsvorschläge, die erwartungsgemäß kontrovers diskutiert werden.

Naturschutz- und Umweltverbände bewerten die Studie eher kritisch und schätzen sie als interessengesteuert ein, um geplante Maßnahmen zu rechtfertigen, die im Wesentlichen den Bergbauerfordernissen genügen und weder den Naturschutz noch eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung sichern.

Kritisiert wird die unzureichende Berücksichtigung des Klimawandels und die Nutzung „veralteter“ Daten. Zudem würde die Studie die Verantwortung der LEAG zu sehr außer Acht lassen.

## 4. STAND DER POLITISCHEN DISKUSSION

Die Ministerpräsidenten von Sachsen, Brandenburg und Berlin haben sich im September 2022 auf eine enge Zusammenarbeit verständigt und betonen die Notwendigkeit eines

schnellen, gemeinsamen und nachhaltigen Handelns aller Stakeholder.

Da die Aufgabe als Generationenprojekt gilt, die jedes einzelne Land überfordert, wird eine stärkere finanzielle und auch koordinierende Beteiligung des Bundes gefordert.

Die Länder haben in einem Positionspapier die 10 wichtigsten Eckpunkte und Forderungen zum Wassermanagement in der Lausitz dargelegt:



- Länderübergreifende Zusammenarbeit
- Schaffung gemeinsamer Strukturen (länderübergreifende Trägerstrukturen, wie z.B. eine Geschäftsstelle bei der AG Flussgebietsbewirtschaftung Spree, Schwarze Elster und Lausitzer Neiße; mittelfristig eine Wasserbewirtschaftungszentrale)
- Nachhaltiges Wassermanagement
- Grundwassermodell Lausitz
- Berücksichtigung zukünftiger Wasserbedarfe

- Ökologische Entwicklung der Landschaften (insb. Rückhalt von Wasser in der Fläche, Stichwort Schwammfunktion der Landschaft)
- Schutz des UNESCO Biosphärenreservat Spreewald
- Flexibles Wassermanagement bei Extremereignissen
- Transparente Priorisierung von Wassernutzungen
- Bewusstseinsbildung und Wassersparen

Auch die Bundesregierung stellt sich der wachsenden Herausforderung rund um die Verteilung der Ressource in Deutschland, dargelegt in der Nationalen Wasserstrategie.

Im Koalitionsvertrag erkennt sie im Zuge der geplanten Wasserstrategie den Klimawandel, zunehmende Trockenphasen, Wasserknappheit sowie Starkregenereignisse und Hochwasser als zentrale Risiken für die vorherrschende Wasserwirtschaft an.

## Die Nationale Wasserstrategie (15.03.2023)...

... adressiert die Herausforderungen durch Klimawandel, Wasserverschmutzung, steigende Nutzungskonflikte und definiert konkrete Maßnahmen in strategischen Themenfeldern:

- Naturnaher Wasserhaushalt
- Klimaangepasste Flächennutzung
- Nachhaltige Gewässerbewirtschaftung
- Reduzierung von Stoffeinträgen
- Klimaangepasste Wasserinfrastrukturen
- Verknüpfung von Wasser-, Energie- und Stoffkreisläufen
- Stärkung der Verwaltung, Verbesserung der Datenflüsse, der Finanzierung und der rechtlichen Rahmenbedingungen.
- Meeresschutz: Reduzierung landseitiger Einträge in Nord- und Ostsee.
- Bewusstseinsbildung: Förderung des gesellschaftlichen Verständnisses für den Wert von Wasser.
- Globaler Wasserschutz

Ein Aktionsprogramm mit 78 Maßnahmen bis 2050 konkretisiert die Umsetzung. Die Strategie betont die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen und weiteren Akteuren sowie die Integration wasserwirtschaftlicher Belange in andere Politikbereiche.

Ziel ist es, die Wasserressourcen langfristig zu sichern, Nutzungskonflikte zu vermeiden und die Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels zu stärken.

Um dem zu begegnen, sollen die Maßnahmen der Nationalen Wasserstrategie gemeinsam mit den Ländern priorisiert, weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Ziel ist es, die wasserwirtschaftliche Infrastruktur zukunftsicher, preisstabil und bedarfsgerecht auszubauen. Dazu zählen die Förderung von Modellvorhaben und energieeffizienten Anlagen sowie der Ausbau blau-grüner Infrastruktur und die Stärkung der Grundwasserneubildung.

Zur Vorbereitung länderübergreifender Maßnahmen, etwa zum Schutz der Spree, wird ein Bund-Länder-Gremium eingerichtet. Im Zuge dessen soll auch die Finanzierung wasserwirtschaftlicher Investitionen überprüft und verbessert werden.

Unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten wird das Verursacherprinzip als zentrale Leitlinie herangezogen.

Die **LAUSITZRUNDE**, das Bündnis Lausitzer Kommunen im Strukturwandel, fordert u.a. schnelle Entscheidungen über die umzusetzenden Maßnahmen und eine schnelle Einigung über die Finanzierung und Lastenverteilung zwischen Bund, den Ländern Sachsen, Brandenburg und Berlin sowie den Unternehmen.

Es sollen die personellen Voraussetzungen für die Koordination, Planung und Umsetzung dieser Maßnahmen auf Landesebene geschaffen werden. Die bei der LMBV angelegte Flutungszentrale Lausitz als zentrales Steuerelement für die Lausitzer Flüsse Schwarze Elster, Spree und Lausitzer Neiße soll unter der Hoheit der Länder neu ausgerichtet werden.

Die **Industrie- und Handelskammern in Berlin, Brandenburg und Sachsen** haben sich zusammengeschlossen, um gegenüber der Politik stärker auf die Bedarfe und Herausforderungen der Wirtschaft aufmerksam zu machen und auch Unternehmen für das Thema „Wasser als Standortfaktor“ noch stärker zu sensibilisieren.

Um die Wirtschaftsstandorte zu sichern und zu stärken, müssen negative Auswirkungen klimatischer und struktureller Veränderungen auf die Wirtschaft so gering wie möglich gehalten werden.

## 5. ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

Die Verfügbarkeit von Wasser ist ein entscheidender Faktor bei der Unternehmensansiedlung, insbesondere für wasserintensive Branchen wie Chemie-, Metall-, Papier- und Lebensmittelindustrie.

Sie beeinflusst Investitionsentscheidungen und wird daher für den Strukturwandel und die Zukunftssicherheit des In-

dustriestandorts Lausitz und seine Wettbewerbsfähigkeit eine entscheidende Rolle spielen.

Gewerkschaften sind daher in der aktuellen Wasserdebatte der Region Berlin-Brandenburg-Sachsen und angesichts der weiter prognostizierten Entwicklungen zunehmend herausgefordert, die Interessen der Arbeitnehmenden zu vertreten.

Sie setzen sich für die Sicherung von Arbeitsplätzen ein, die durch den Strukturwandel und neue Industrieansiedlungen gefährdet sind. Dabei fordern sie, dass ökologische Transformationen sozialverträglich gestaltet werden und die Rechte der Arbeitnehmer gewahrt bleiben. Sie kritisieren die mangelnde Mitsprache bei Umwelt- und Wasserfragen, fordern mehr Transparenz und eine stärkere Einbindung nicht nur der Beschäftigten, sondern auch der Bevölkerung in die Transformationsprozesse.

## Ver.di, Bundesfachgruppe Wasserwirtschaft

Länderübergreifend tauschen sich Gewerkschafter:innen auf ihrer jährlichen Wasserwirtschaftskonferenz über die zentralen Herausforderungen des Klimawandels, den Fachkräftemangel und die Versorgungssicherheit aus.

Im Zuge der mehrtägigen Veranstaltung wird zusammen mit Expert:innen über die Wasserwirtschaft als zukunftsfeste Daseinsvorsorge beraten.

(Quelle: Rückblick auf die ver.di-Wasserwirtschaftskonferenz | Ver- und Ent-sorgung).

Die Versorgung der Bevölkerung und die Arbeitsplatzsicherung sollen Priorität gegenüber rein wirtschaftlichen Interessen haben.

Gewerkschaften fordern eine sozial-ökologische Transformation, die sowohl Umwelt als auch Beschäftigungsinteressen berücksichtigt. Eine nachhaltige Industriepolitik muss mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und guten Arbeitsbedingungen einhergehen.

Neben einem Verständnis davon, was Wasser für die Gesellschaft - und hier insbesondere die Beschäftigten in der

Lausitz - bedeutet, müssen Gewerkschaften in diesem Kontext nicht nur sensibel für die Wasser-Debatte sein. Sie sollten sich auch frühzeitig für einen lokalen, länderübergreifenden, ggf. auch nationalen und europäischen ganzheitlichen wasserpolitischen Lösungsansatz einsetzen und diesen kritisch begleiten.

Dabei ist es wichtig, die Arbeitnehmer:innen vor Ort in diesem Prozess zu beteiligen, die Mitbestimmung zu stärken und Verteilungsfragen demokratisch auszuhandeln.

## 19. DGB-Lausitzkonferenz „Lausitz und Gewerkschaften: Stark im Wandel“

Der DGB fordert, die Menschen in der Region durch Information und Transparenz mehr in die Transformationsprozesse einzubeziehen und besser über den Strukturwandel zu informieren.

Der DGB hat dazu das von ihm initiierte Projekt REVIERWENDE beauftragt, das Thema „Wasser in der Lausitz“ aus gewerkschaftlicher Sicht zu begleiten.

## 6. FAZIT

Kohleausstieg, Klimawandel und Strukturentwicklung werden sich auf den Wasserhaushalt in der Lausitz auswirken.

Die Dringlichkeit zu handeln ist offensichtlich.

Durch das koordinierte Handeln aller Akteure und durch zeitnahe Entscheidungen des Bundes und der Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen können die Herausforderungen gemeistert werden, bevor sich die Beendigung des Braunkohlebergbaus auf das Wasserdargebot in der Lausitz auswirkt.

Dazu müssen aber schnellstmöglich die Planungen in Auftrag gegeben werden, um die Kosten zu ermitteln. Genehmigungsverfahren sind zu vereinfachen und zu beschleunigen und die finanziellen Mittel müssen langfristig durch den Bund und die Länder bereit gestellt werden.



GEWERKSCHAFTEN GESTALTEN STRUKTURWANDEL.

Ein Projekt der gemeinnützigen Gesellschaft des DGB zur Förderung von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und der Jugend mbH

### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Frederik Moch | Projektleitung  
GFAAJ mbH | Keithstraße 1 | 10787 Berlin

Redaktion: Dirk Süßmilch (RW)  
Nicol von Neumann-Cosel (PCG)  
Daniel Ruhmüller (PCG)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

**REVIERWENDE**  
**Büro Lausitzer Revier**

**Projektbüro Cottbus**  
Ostrower Straße 6  
03046 Cottbus  
Telefon: 01578/5322035

**Projektbüro Görlitz**  
Bautzener Straße 57  
02826 Görlitz  
Telefon: 01578/5322033  
E-Mail: lausitz@revierwende.de  
www.revierwende.de/lausitzer-revier

Redaktionsschluss: 09/2025